**[Inhaltsverzeichnis](#_top)**

**DStGB Aktuell 4221**

vom 22. Oktober 2021

Seite

[**RECHT UND VERFASSUNG**](#_Toc85804693)

[4221-01 BSI sieht kritische Bedrohungslage bei Cyberangriffen 3](#_Toc85804694)

[**ARBEIT UND SOZIALES**](#_Toc85804695)

[4221-02 Inklusive Kommune 5](#_Toc85804696)

[4221-03 Deutsche Krankenhausgesellschaft DKG   
zur Reform der Notfallversorgung 6](#_Toc85804697)

[4221-04 Ganztag für Grundschulkinder – DJI legt Voraus-berechnungen für die einzelnen Bundesländer vor 8](#_Toc85804698)

[**BILDUNG, SPORT UND KULTUR**](#_Toc85804699)

[4221-05 Forderungen für eine Reform im Bildungswesen 12](#_Toc85804700)

[**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**](#_Toc85804701)

[4221-06 Entwicklung der Kommunalfinanzen –   
Prognose der kommunalen Spitzenverbände 14](#_Toc85804702)

[4221-07 Grundsteuerreform – Datenaustausch zwischen Finanzverwaltung und Kommunen 18](#_Toc85804703)

[4221-08 Bundesnetzagentur senkt Eigenkapitalverzinsung   
für Strom- und Gasnetze 20](#_Toc85804704)

[4221-09 KMU-Definition: Bericht für die EU-Kommission   
sieht keine Notwendigkeit zur Überarbeitung 22](#_Toc85804705)

[**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**](#_Toc85804706)

[4221-10 BMU: Förderinitiative für Künstliche Intelligenz (KI)   
beim Klimaschutz 24](#_Toc85804707)

[4221-11 Bundesregierung stärkt Moorbodenschutz 25](#_Toc85804708)

[4221-12 dena: 1. Kommunalforum Klimaschutz 26](#_Toc85804709)

[4221-13 Schrottimmobilien:   
BGH verpflichtet Eigentümer zu Sanierung 27](#_Toc85804710)

[**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**](#_Toc85804711)

[4221-14 Interview: Beendigung der epidemischen Lage   
ist ein Signal in die Bevölkerung 29](#_Toc85804712)

[4221-15 Statement: Mehr Anreize für erneuerbare Energien 32](#_Toc85804713)

[4221-16 Statement: Zukunftsinvestitionen ermöglichen und   
hohen kommunalen Investitionsbedarf berücksichtigen 33](#_Toc85804714)

[4221-17 Statement: Neue Innenstadtkonzepte durch   
Innenstadtfonds und Paketversandsteuer stützen 34](#_Toc85804715)

[4221-18 Statement: Neue Regierung muss die Kommunen   
und ihre Finanzen im Blick haben 35](#_Toc85804716)

[4221-19 Nutzung digitaler Verwaltungsangebote stagniert, Zufriedenheit sinkt deutlich 36](#_Toc85804717)

[4241-20 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter 39](#_Toc85804718)

[**TERMINANKÜNDIGUNGEN**](#_Toc85804719)

[4221-21 TERMINVORSCHAU 2021 40](#_Toc85804720)

# **RECHT UND VERFASSUNG**

4221-01 BSI sieht kritische Bedrohungslage bei Cyberangriffen

**Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bewertet die Lage als „angespannt bis kritisch“. Binnen eines Jahres wurden laut Lagebericht des BSI 144 Mio. neue Schadprogramm-Varianten festgestellt. In den Fokus geraten vor allen zahlungskräftige Unternehmen aus dem Mittelstand. Zunehmend sehen sich auch Kommunen erheblichen Cyberangriffen ausgesetzt.**

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bewertet die Gefährdungslage im Cyberraum als „angespannt bis kritisch“. Dies geht aus dem Lagebericht 2021 des BSI hervor. Die Zahl der Cyberangriffe ist im Jahresvergleich weiter gestiegen. Cyber-Angriffe führen zu schwerwiegenden IT-Ausfällen in Kommunen, Krankenhäusern und Unternehmen. Sie verursachen zum Teil erhebliche wirtschaftliche Schäden und bedrohen existenzgefährdend Produktionsprozesse, Dienstleistungsangebote und Kunden. Die zunehmenden Cyberangriffe könnten sich als Hemmschuh bei der voraschreitenden Digitalisierung von Verwaltung, Bildung und Daseinsvorsorge erweisen.

**Erheblicher Zuwachs an Schadprogrammen**

Im Berichtszeitraum zwischen Juni des vergangenen Jahres und Mai dieses Jahres hat die Anzahl an Schadprogramm-Varianten zugenommen: Insgesamt wurden 144 Mio. neue Schadprogramm-Varianten festgestellt. Das ist ein Zuwachs von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Februar dieses Jahres wurden an einem Tag 553.000 Varianten entdeckt, mehr als jemals zuvor. Im Schnitt waren es täglich 394.000 neue Varianten.

**Erpressungssoftware mit dramatischen Auswirkungen**

Am Beispiel von erfolgreichen Ransomware-Angriffen wird deutlich, wie extrem sich mangelnde Informationssicherheit auf die kommunale Daseinsvorsorge auswirken kann: So musste sich ein Krankenhaus für 13 Tage von der Notfallversorgung abmelden. Immer öfter sind auch ganze Lieferketten von derartigen Angriffen beeinträchtigt, mit Folgen nicht nur für die Opfer, sondern auch für deren Kunden oder für andere unbeteiligte Dritte. Bei einem Angriff mit Ransomware werden die Systeme der Institution verschlüsselt und können nur mit einem bestimmten Schlüssel wieder entsperrt werden, der nur beim Angreifer liegt. Für den Fall, dass nicht gezahlt wird, drohen die Angreifer mit der Löschung aller Daten.

**Cybersicherheit bei Digitalisierung mitdenken**

Das BSI stellt im Lagebericht fest, dass gerade bei Digitalisierungsprojekten, welche schnell zum Erfolg geführt werden sollen, die Cybersicherheit nur rudimentär mitgedacht wird. Dies rächt sich im Endeffekt, wenn die Projekte in den Massenmarkt gehen oder aber Kommunen über Schwachstellen im System angegriffen werden.

**Anmerkung des DStGB**

Ob der Angriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit dem ersten Cyber-Katastrophenfall in Deutschland oder aber die jüngsten Angriffe auf Witten, Schwerin oder die Stadtwerke Wismar – die Kommunen rücken mehr in den Fokus der Angreifer aus dem Netz. Dabei zeigt sich, dass im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes dringend die Cybersicherheit mitgedacht werden muss. Auch Smart-City und Smart-Country funktionieren nicht ohne Cybersicherheit. Diese wird in Zukunft zu einer noch wichtigeren Aufgabe, die Personal und Infrastruktur erfordert. Daneben braucht es Schulungen für die Mitarbeiter und den fortlaufenden Austausch zwischen Kommunen und Ländern mit- und untereinander, um auch aus vergangenen Angriffen für die Zukunft zu lernen.

Die neue Bundesregierung wird hier gefordert sein, noch weitergehende Anstrengungen zu ergreifen, damit das BSI gut aufgestellt und in der Lage ist, die Kommunen in Sachen Cybersicherheit zu unterstützen. Daneben besteht eine besondere Verantwortung der Länder, die die Kommunen sowohl bei der Vorbereitung auf Cyberangriffe als auch im Falle eines Cyberangriffes unterstützen müssen.

Für die Kommunen gilt, dass die Vorbereitung auf einen Ernstfall, wie bei anderen Katastrophenlage, nur erfolgreich ist, wenn sie regelmäßig geübt wird und die Mitarbeiter geschult sind.

Der Lagebericht des BSI ist unter [www.bsi.bund.de](https://www.bsi.bund.de/) abrufbar.

(I/4 Marc Elxnat, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **ARBEIT UND SOZIALES**

4221-02 Inklusive Kommune

**Spätestens seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, das Thema Inklusion in der Stadtpolitik umzusetzen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die Initiative „Kommune Inklusiv“ der Aktion Mensch und das Host-Town Program im Rahmen der Special Olympic World Games. Ein gemeinsam mit Partner veröffentlichtes Diskussionspapier „Inklusion in den Fokus der Städte und Gemeinden rücken“ zielt ebenfalls darauf ab, Inklusion in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung zu stärken.**

Die Erfahrung und das tägliche Erleben zeigen, dass wir oft noch weit von inklusiven Sozialräumen entfernt sind. Es benötigt Rahmenbedingungen, damit sich Vielfalt, Teilhabe und gegenseitiger Respekt in den Städten und Gemeinden entfalten können. Es gilt, überall das Bewusstsein für Inklusion zu schaffen. Die Vielfalt der Lebensformen erfordert zum Beispiel differenzierte und zugleich passgenaue, barriere- und diskriminierungsfreie Angebote der Daseinsvorsorge. Die Gründe, warum die Kommunen sich für die Inklusion einsetzen sollten, liegen auf der Hand: Inklusion stärkt zum einen den Zusammenhalt in der Gesellschaft und verbessert die Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Dem Sport kommt eine enorme gesellschaftliche Bedeutung zu. Dies gilt auch für die Inklusion. Voraussetzungen sind, dass es Sportvereine oder Sportmöglichkeiten vor Ort für Menschen mit Beeinträchtigung gibt und Sportangebote für alle Menschen offen, gut erreichbar und zugänglich sind. Mit dem Diskussionspapier „Inklusion in den Fokus der Städte und Gemeinden rücken“, wollen die Aktion Mensch, Special Olympic Deutschland und der DStGB das Thema noch stärker in das gemeinsame Blickfeld rücken.

Weiterführende Informationen finden sich unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/soziales/aktuelles/inklusion-in-den-fokus-ruecken/).

(I/1, Uwe Lübking, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**ARBEIT UND SOZIALES**

4221-03 Deutsche Krankenhausgesellschaft DKG zur Reform der Notfallversorgung

**Die Reform der ambulanten Notfallversorgung muss nach Forderungen der Deutschen Krankenausgesellschaft (DKG) eines der ersten wichtigen Handlungsfelder der neuen Bundesregierung sein. Die Notfallversorgung könne nach Auffassung der DKG nur in enger, gleichberechtigter Kooperation zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten gelingen. Die Positionierung der DKG stützt sich auf eine Analyse des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI). Dieses hat die Situation der ambulanten Notfallversorgung insgesamt, aber auch gerade die Versorgung in strukturschwachen Gebieten und vor allem die Stadt-Land-Unterschiede untersucht. Das DKI kommt zu dem Ergebnis, dass alleine die Vertragsärzte im Rahmen des ambulanten Notdienstes die flächendeckende Notfallversorgung nicht sicherstellen können, gleichzeitig aber auch, dass stationärer und ambulanter Bereich in vielen Regionen erfolgreich kooperieren. Probleme ergäben sich meist dort, wo rechtliche Rahmenbedingungen die Kooperation und das verstärkte Engagement von Krankenhäusern unterbinden. Die Forderungen decken sich mit der Positionierung des DStGB nach einer flächendeckenden medizinischen Versorgung einschließlich der Notfallversorgung.**

Der Projektbericht „Patientenbehandlung im Spannungsfeld zwischen Sicherstellungsverantwortung und ambulanter Versorgungsrealität“ des Deutschen Krankenhausinstituts kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

„*Die zu erwartende rückläufige Zahl von Vertragsärzt\*innen, die abnehmende Zahl der zur Verfügung stehenden Arztstunden und die demografische Entwicklung lassen eine deutliche Zunahme der Beanspruchung der Vertragsärzt\*innen in Zukunft erwarten. Schon heute können die Kassenärztlichen Vereinigungen die vertragsärztliche Versorgung nicht flächendeckend und umfassend sicherstellen. Das betrifft sowohl die Versorgung zu Sprechstundenzeiten als auch zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst).*

*Ohne Einbeziehung der Krankenhäuser können die Kassenärztlichen Vereinigungen die Sicherstellung der ambulanten Versorgung weder im Rahmen der Notfallversorgung noch in der Regelversorgung gewährleisten. Um eine ambulante Versorgung auf hohem Niveau auch zukünftig zu gewährleisten, ist eine verstärkte Einbindung der Krankenhäuser anzustreben.*

*Jedoch stehen die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen einer sinnvollen Einbindung in die ambulante Versorgung entgegen. So bedarf es in der ambulanten Notfallversorgung etwa einer weitreichenden Reform des Vergütungssystems. Die aktuelle Kalkulation des EBM ist auf die Versorgung durch Vertragsarztpraxen, die nicht 24/7 geöffnet haben, ausgerichtet. Vergütungsbestandteile für die Vorhaltung der Kapazitäten wären erforderlich. Die gesamte Struktur der Notfallversorgung sollte an die tatsächlichen Versorgungsgegebenheiten angepasst werden.*

*Gerade in strukturschwachen Gebieten übernehmen Krankenhäuser immer häufiger die Aufgabe der ambulanten Regelversorgung der Patient\*innen. Diese regional vorhandenen fachärztlichen Ressourcen werden aktuell in der ambulanten Versorgung hinsichtlich der Zulassung von Ärzt\*innen, der Bedarfsplanung, der Vergütungssysteme, der Innovationsregeln und der Qualitätssicherung nicht berücksichtigt. Die Gestaltungsmöglichkeiten der stationären fachärztlichen Ressourcen zum Einbezug in die ambulante Versorgung sind nach wie vor zu bürokratisch und unflexibel.*“

Das gesamte Gutachten findet sich unter [www.dki.de](https://www.dki.de/forschungsprojekt/patientenbehandlung-im-spannungsfeld-zwischen-sicherstellungsverantwortung-und-ambulanter-versorgungsrealitaet).

**Anmerkung des DStGB**

Der DStGB unterstützt die Forderung nach stärkeren intersektoralen Versorgungsstrukturen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Dies ist flächendeckend nur möglich, wenn Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Fachdisziplinen und Sektoren wie Hausärzte, Fachärzte und Krankenhäuser gelingen. Die Krankenhäuser leisten schon heute einen wesentlichen Beitrag zur ambulanten Versorgung der Bevölkerung. Die ambulante Notfallversorgung wäre ohne die Krankenhäuser selbst in den Ballungsgebieten kaum noch zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Ärztemangels im ambulanten Bereich kommt den ländlichen Krankenhäusern eine besondere Bedeutung in der wohnortnahen Grund- und Regelversorgung zu. Statt der Schließung von Krankenhäusern können diese in ambulant/stationäre Zentren umgewandelt werden.

(I/1, Uwe Lübking, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**ARBEIT UND SOZIALES**

4221-04 Ganztag für Grundschulkinder – DJI legt Vorausberechnungen für die einzelnen Bundesländer vor

**Das Deutsche Jugendinstitut hat aktuell Vorausberechnungen für die einzelnen Bundesländer zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag für Grundschulkinder vorgelegt. Das DJI kommt dabei zum Ergebnis, dass insgesamt der zusätzliche Ausbaubedarf geringer als bislang angenommen sei. Anders als zu Beginn der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Einführung eines Rechtsanspruchs für Grundschulkinder angenommen, zeigen neue Vorausberechnungen des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund, dass weniger Plätze notwendig sind, um dieses Projekt zu realisieren. Bundesweit müssten bis zum Schuljahr 2029/30 rund 600.000 zusätzliche Ganztagsplätze für die Kinder im Grundschulalter geschaffen werden. Zuletzt besuchten bereits über 1,6 Mio. Grundschulkinder ein Ganztagsangebot. Das bedeutet, dass drei von vier der benötigten Plätze aktuell bereits vorhanden sind. Die Situation in den Bundesländern ist jedoch sehr unterschiedlich. Während in den ostdeutschen Flächenländern und Hamburg nur noch ein kleiner Teil der Plätze fehlt, zeigen die Vorausberechnungen, dass in den westdeutschen Flächenländern im Mittel noch zwischen 30 und 40 Prozent der Plätze geschaffen werden müssen.**

In der am 19. Oktober 2021 neu vorgelegten Studie wird erstmals auch der Personalbedarf für die zusätzlich zu schaffenden Plätze ausgewiesen. Bundesweit werden dafür rund 35.000 Vollzeitstellen zusätzlich benötigt. Da in diesem Bereich jedoch von einem hohen Teilzeitanteil auszugehen ist, müssten dafür bis zum Schuljahr 2029/30 rund 57.000 Personen gewonnen werden. Damit wäre der Personalbedarf deutlich geringer als derjenige, der noch für den Ausbau für die Kinder im Kita-Alter bis Mitte des Jahrzehnts benötigt wird. Für den Kita-Bereich wird von einem zusätzlichen Personalbedarf für die fehlenden Plätze von rund 138.000 Personen ausgegangen.

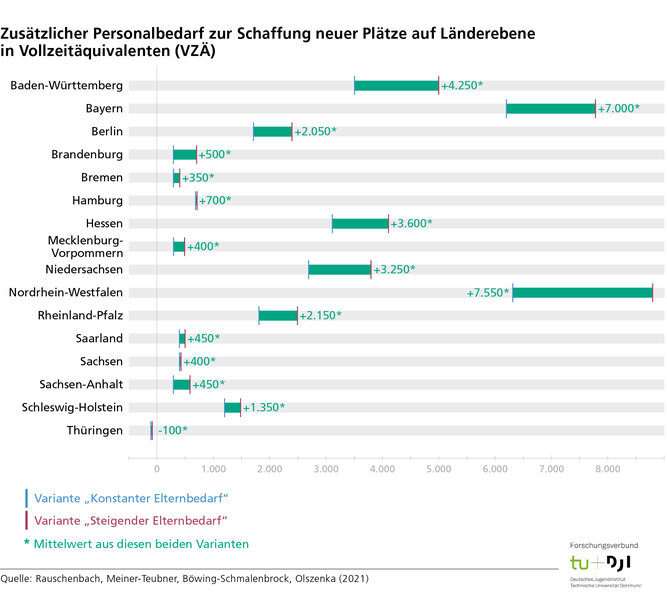


**Westdeutsche Flächenländer: Anstrengungen erforderlich, um Personalbedarf zu erfüllen**

Die Höhe des zusätzlichen Personalbedarfs für die noch zu schaffenden Plätze für die Grundschulkinder variiert stark zwischen den Bundesländern. In den westdeutschen Flächenländern, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Bayern, werden noch deutliche Anstrengungen notwendig sein, um ausreichend qualifiziertes Personal zu finden, damit der vollständige Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2029/30 erfüllt werden kann. Für diese beiden Länder geht die Autorengruppe der Studie jeweils von einem zusätzlichen Bedarf von rund 7.000 beziehungsweise 7.500 zusätzlichen Vollzeitstellen aus.

**Ostdeutschen Flächenländer: kaum zusätzlicher Personalbedarf**

In den ostdeutschen Flächenländern besteht nur noch ein geringer Personalbedarf. Hier ist das Angebot bereits gut ausgebaut und die Kinderzahlen gehen teilweise in wenigen Jahren zurück. Der zusätzliche Personalbedarf liegt mit Ausnahme von Thüringen – wo bis zum Schuljahr 2029/30 kein zusätzlicher Bedarf erwartet wird – pro Bundesland bei im Mittel zwischen 400 und 500 zusätzlichen Vollzeitstellen.



**Ausbaukosten laut DJI geringer als bislang angenommen**

Der geringere Bedarf an zu schaffenden Plätzen führt nach Auffassung des DJI auch dazu, dass die anfallenden Kosten geringer sein werden, als bislang angenommen, obwohl der Zeitpunkt des vollständigen Inkrafttretens des Rechtsanspruchs im Rahmen der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern nach hinten verschoben wurde. Bundesweit wird nun von Investitionskosten zur Schaffung neuer Plätze von rund 4,6 Mrd. Euro ausgegangen.

Die jährlichen Betriebskosten hängen maßgeblich von der Anzahl der Kinder ab, für die das Personal zuständig ist. Da hierzu bislang große Unklarheit besteht, hat die Autorengruppe verschiedene Modelle gerechnet. In einer Maximumvariante kommen sie zu dem Ergebnis, dass für das Schuljahr 2029/30 mit zusätzlichen Betriebskosten von rund 2,6 Mrd. Euro zu rechnen ist. Die höchsten Kosten entstünden in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit etwa 575 Mio. Euro beziehungsweise 531 Mio. Euro, während in Thüringen keine zusätzlichen Betriebskosten in diesem Schuljahr anfallen würden.

Die entsprechenden Veröffentlichungen können unter [www.dji.de](https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/ganztag-fuer-grundschulkinder-ausbaubedarf-insbesondere-in-den-westdeutschen-flaechenlaendern.html) abgerufen werden.

**Anmerkung des DStGB**

Aus Sicht der Hauptgeschäftsstelle sind die Berechnungen des DJI zu den Ausbaukosten, insbesondere aber zum benötigten Fachpersonal schwer nachzuvollziehen. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz hat bereits gezeigt, dass die Nachfrage mit steigendem Angebot erheblich ansteigt. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Jahr 2026 wird sich der Personalmangel um weitere Fachkräfte noch weiter verschärfen und es wird nicht gelingen, bis 2030 rund 600.000 zusätzliche Ganztagsplätze zu schaffen. Hinzu kommt, dass mit Blick auf die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren auch viele Betreuerinnen und Betreuer das Rentenalter erreichen werden. Bund und Länder sind nun gefordert, eine breit angelegte Ausbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher zu starten. Der Schwerpunkt ist dabei auf die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung zu legen, um möglichst rasch ausreichend Personal für den zusätzlichen Betreuungsbedarf zu gewinnen.

(I/2 560-03 Ursula Krickl – 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **BILDUNG, SPORT UND KULTUR**

4221-05 Forderungen für eine Reform im Bildungswesen

**Der Vorstandsvorsitzende der Telekom-Stiftung und frühere Bundesminister für Inneres und Verteidigung sowie Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Thomas de Maizière, hat kürzlich Empfehlungen für eine Reform im Bildungswesen formuliert, die sich in weiten Teilen mit den Forderungen des DStGB decken. Dies gilt insbesondere für eine Neujustierung der inneren und äußeren Schulangelegenheiten im digitalen Zeitalter, aber auch für die Schaffung von Bildungslandschaften, mit der Einbindung z. B. der Kinder- und Jugendarbeit, der Bibliotheken, des Sports, der Musikschulen in die Ganztagsangebote vor Ort. De Maizière sieht den Bedarf hier vor allem in den ländlichen Räumen. Umso unverständlicher ist aus Sicht des DStGB, dass die geplante Förderrichtlinie „Bildungskommune“ des BMBF wieder einmal nur die kreisfreien Städte und Landkreise als Antragssteller berücksichtigt.**

De Maizière kritisiert, dass durch die Föderalismusreform I und II aber auch die kurzfristigen Finanzprogramme des Bundes im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie das Gesamtgefüge von Zusammenarbeit und Grenzen zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich immer unsystematischer geworden sei. Die Einführung des Anspruchs für Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder durch den Bundesgesetzgeber hält er verfassungsrechtlich für nicht unproblematisch. Dies würde erst recht für eine gemeinsame Gestaltung eines Konzepts der Ganztagsbildung von Bund, Ländern und Kommunen gelten. Auf eine gemeinsame Auffassung zu digitalen Dienste und Anwendungen in Schulen haben man sich hingegen noch immer nicht einigen können. Auch sei es nicht gelungen, dass sich die KMK mit den Datenschutzbeauftragten der Länder über eine gemeinsame Erklärung zur Nutzung von Videoplattformen und digitalen Anwendungen in den Schulen verständigt habe. Die Lehrkräfte und Schulleitungen seien überfordert mit administrativen und technischen Aufgaben.

De Maizière schlägt unter anderem folgende Forderungen und Empfehlungen vor:

* Überarbeitung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich geben,
* größtmögliche Freiheiten für Schulen in der Umsetzung der Bildungsstandards bei der Nutzung von Lerninhalten,
* Länder sollten sich verpflichten, nutzbare Schnittstellen zu ihren Lernplattformen anzubieten,
* Lehrerkräftefortbildung muss den digitalen Herausforderung angepasst werden,
* inneren und äußeren Schulangelegenheiten: Länder sollten die Personalhoheit für alle in der Schule arbeitenden Professionen übernehmen (Lehrkräfte, Verwaltungspersonal einschließlich Schulmanager, IT-Betreuer, Sozialpädagogen, Erzieher usw.). Die Kommunen wären reine Schulsachaufwandsträger.
* Schulen als Zentrum eines offenen und vernetzten Bildungssystems etablieren: Zu diesem System sollten auf Augenhöhe die Kinder- und Jugendarbeit, die Bibliotheken, der Sport, die Musikschulen, Schülerlabore usw. gehören.

(I/1 Uwe Lübking, 16.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4221-06 Entwicklung der Kommunalfinanzen –  
Prognose der kommunalen Spitzenverbände

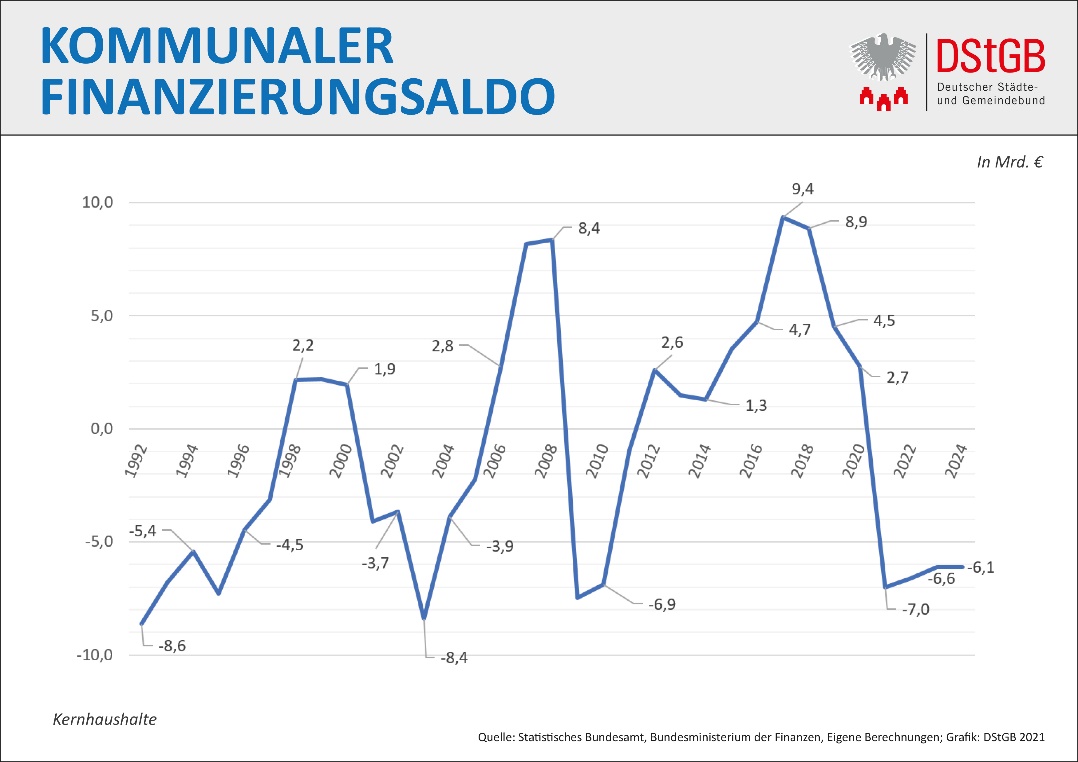
**Die aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände verdeutlicht die Gefahr einer sich manifestierenden kommunalen Haushaltskrise. Bereits im laufenden Jahr bricht der Finanzierungssaldo um gut 10 Mrd. Euro auf nunmehr -7,0 Mrd. Euro ein. Dass der Saldo in den Folgejahren nicht in den zweistelligen Minusbereich absackt, ist allein auf den zu befürchtenden, haushalterisch aber erzwungenen, Rückgang der Investitionen zurückzuführen. Angesichts des enormen Investitionsrückstandes und der notwendigen zusätzlichen Investitionen insb. in Digitalisierung und Klimaanpassung ist dies aber fatal. Bund und Länder stehen daher, auch mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und des Ziels der Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse, in der Pflicht einerseits einen zweiten kommunalen Rettungsschirm aufzuspannen, der die Corona-bedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer berücksichtigt, und anderseits eine nachhaltige Investitionsoffensive finanziell stützt. Nur so kann die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Städte und Gemeinden langfristig gesichert werden.**

Am 15. Oktober 2021 haben die kommunalen Spitzenverbände ihre Prognose zur Entwicklung der Kommunalfinanzen veröffentlicht. Die Kommunalhaushalte sind und werden auch in den kommenden Jahren noch wesentlich durch die Corona-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung veranlassten staatlichen Regulierungsmaßnahmen und in der Folge geminderter Steuereinnahmen geprägt sein.

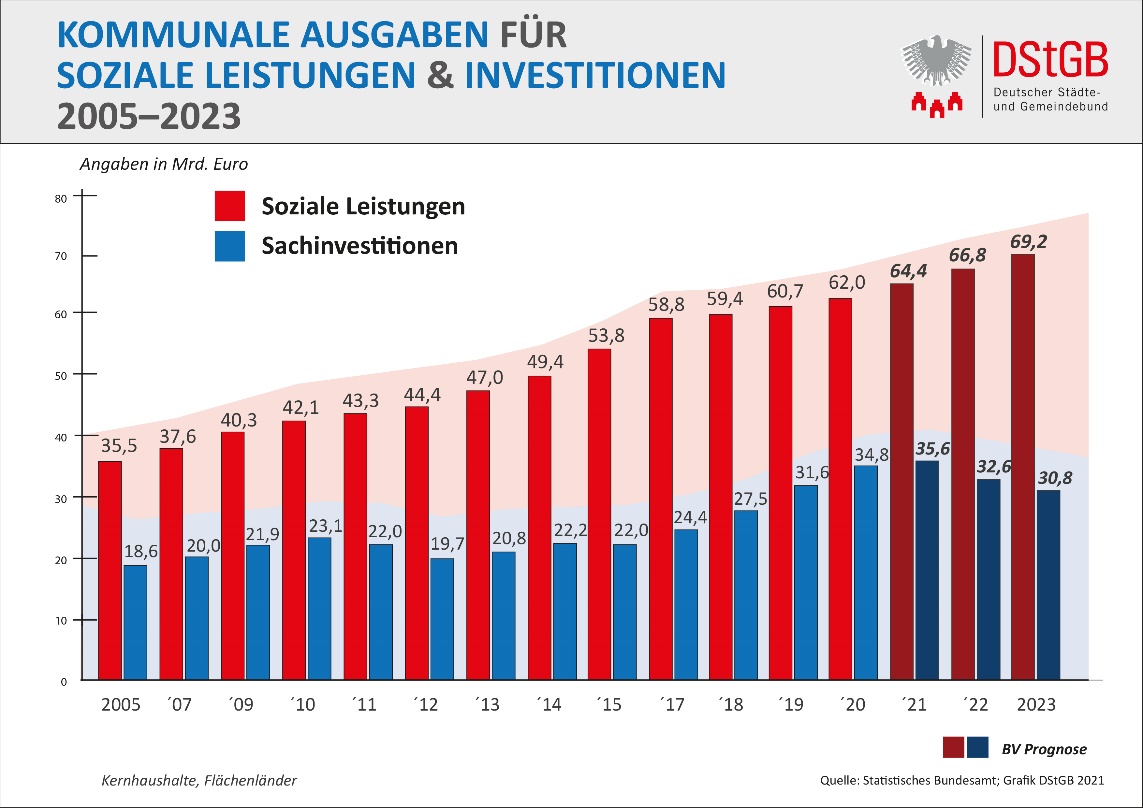
Durch die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen (insb. einmalige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle und die dauerhafte Entlastung bei den KdU) gelang es den Kommunen im vergangenen Jahr trotz der enormen Einnahmeeinbrüche ihre Haushalte in der Summe stabil zu halten. Für das laufende Jahr plant der Bund keine Kompensation der Corona-bedingten gemeindlichen Steuermindereinnahmen mehr. Auch die Länder kompensieren nur vereinzelt und in geringerem Umfang Corona-bedingte Steuerausfälle. Die kommunalen Haushalte müssen allerdings nicht nur Steuermindereinnahmen verkraften, insbesondere bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, sondern auch Einnahmeeinbußen bei den Zuweisungen der Länder (einschl. Bundesbeteiligungen an den KdU sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) hinnehmen. Herzstück der Zuweisungen sind dabei mit einem Volumen von 63 Mrd. Euro (2021) zweifelsohne die kommunalen Finanzausgleiche. Zwar haben nahezu alle Länder für 2021 – zum Teil auch schon darüber hinaus – Maßnahmen ergriffen, um die kommunalen Finanzausgleiche von den Steuereinbrüchen abzuschirmen und abzustützen. Mit einem Zuwachs von 0,4 Prozent von 2020 auf 2021 ist damit eine Stabilisierung der Finanzausgleichsmasse zumindest in einer aggregierten Sicht gelungen. Wie bei den Steuereinnahmen fehlen aber auch hier schmerzlich die für die kommunalen Haushalte vor der Pandemie erwarteten Zuwächse.

Auch wenn die Einnahmen wegbrechen, bleiben die wesentlichen Ausgaben bestehen. Die Personalkosten werden 2021 voraussichtlich auf 72 Mrd. Euro aufwachsen und auch in den nächsten Jahren allein schon infolge der Tarifabschlüsse weiter zunehmen. Dabei sind die vor der Tür stehenden Maßnahmen wie etwa die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes noch nicht einmal berücksichtigt. Auch die Ausgaben für soziale Leistungen, die mit über 64 Mrd. Euro den zweitgrößten kommunalen Ausgabeposten bilden, wachsen alljährlich dynamisch weiter an.

In der der Summe rechnen die kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2021 mit einem kommunalen Finanzierungsdefizit in Höhe von 7,0 Mrd. Euro. Unter dem Strich verschlechtert sich der kommunale Finanzierungssaldo im Vergleich zum Vorjahr damit um gut 10 Mrd. Euro. In den Folgejahren wird nur eine unwesentliche Verbesserung auf -6,6 Mrd. Euro in 2022 und jeweils -6,1 Mrd. Euro in den Jahren 2023 und 2024 erwartet.



Spürbar saldenverbessernd wirken sich hierbei ab dem kommenden Jahr aber die zu befürchtenden deutlichen Rückgänge bei den Ausgaben für Investitionen aus (-8,4 Prozent in 2022, -5,5 Prozent in 2023 und nochmals -5,0 Prozent in 2024).



Vor dem Hintergrund der seit mittlerweile fast 20 Jahren negativen Nettoinvestitionsquote, wonach der Werteverzehr also größer als die Investitionen waren, und des in der Folge entsprechend massiven kommunalen Investitionsrückstandes von zuletzt 149 Mrd. Euro ist diese Entwicklung besorgniserregend.

Hinzu kommen noch notwendige Zukunftsinvestitionen unter anderem in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit. Eine rückläufige kommunale Investitionstätigkeit, die in struktur- und finanzschwachen Städten und Gemeinden nochmals ausgeprägter ist, gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland massiv und lässt das Ziel der Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in weite Ferne rücken.

Bund und Länder stehen daher in der Pflicht, die kommunale Handlungs- und Investitionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Hierzu bedarf es einerseits eines weiteren kommunalen Rettungsschirms (min. für 2021 und 2022), welcher die Corona-bedingten gemeindlichen Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer kompensiert, und andererseits einer nachhaltigen kommunalen Investitionsoffensive, die Bauwirtschaft und Kommunen Planungssicherheit gibt. Vorzugswürdig wäre hier eine deutliche Erhöhung, um einen zweistelligen Milliardenbetrag, des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer nebst Anpassung des Verteilschlüssels nach Einwohnern. Alternativ wäre auch die langfristige Zusicherung von Investitionspauschalen vorstellbar.

Ein weiterer Rettungsschirm sowie eine nachhaltige Investitionsoffensive würden einen wichtigen Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. Eine dritte notwendige Maßnahme betrifft die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik. Hier stehen in erster Linie die Länder in der Verantwortung, angesichts der kommunalen Verschuldungsvolumina vor allem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wird es aber ganz ohne die Hilfe des Bundes wohl nicht gelingen. Letztlich gilt, dass es Chancengerechtigkeit und Perspektiven für alle Menschen geben muss, gleich in welcher Region sie leben. Daher muss das Postulat Gleichwertiger Lebensverhältnisse noch stärker verfolgt und umgesetzt werden.

Die gemeinsame Pressemitteilung, die Tabelle zu den Einnahmen und Ausgaben der Kommunen sowie eine Analyse der Ergebnisse können unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/enorme-belastungen-fuer-kommunale-haushalte/) abrufen werden.

(II/3 920-20 Florian Schilling, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4221-07 Grundsteuerreform – Datenaustausch zwischen Finanzverwaltung und Kommunen

**Die Umsetzung der Reform der Grundsteuer schreitet voran. Mittlerweile haben sich alle zur Umsetzung eines Modells entschieden. Modellunabhängig sollen den Städten und Gemeinden die Messbetragsdaten von den Finanzverwaltungen künftig bundesweit einheitlich digital über ELSTER-Transfer zur Verfügung gestellt werden.**

Die Umsetzung der Reform der Grundsteuer schreitet voran. Während Baden-Württemberg (Bodenwertmodell), Bayern (Flächenmodell) und die Länder Hessen, Niedersachsen und Hamburg (Flächen-Lage-Modell) die Länderöffnungsklausel hinsichtlich der Besteuerung von Grund und Boden ab dem Jahr 2025 nutzen und umfassend vom Bundesgrundsteuermodell abweichen, weichen die Länder Sachsen und Saarland über Messzahlanpassungen nur punktuell vom Bundesmodell ab. Die weiteren neun Länder haben sich zur vollständigen Umsetzung des Bundesmodells bekannt.

Unabhängig vom gewählten Grundsteuermodell sind die Grundstückseigentümer/innen aufgefordert, ihre Feststellungserklärungen im voraussichtlichen Zeitraum 1. Juli bis 31. Oktober 2022 grundsätzlich elektronisch über das Portal ELSTER einzureichen. Sodann werden die Finanzämter die neuen Besteuerungsgrundlagen für die Grundsteuer feststellen und die Daten aus dem Grundsteuermessbescheid kontinuierlich in elektronischer Form für die Städte und Gemeinden digital zur Abholung bereitstellen. Hierfür soll ELSTER-Transfer nach einem bundeseinheitlich abgestimmten Datensatz genutzt werden. Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass es für die Grundsteuermessbescheide nach altem Recht bei den bisherigen Verwaltungsabläufen bleibt.

Um ELSTER-Transfer nutzen und die Grundsteuerbescheide digital erzeugen zu können, müssen auch die Städte und Gemeinden nicht zu unterschätzende Vorarbeiten leisten:

1. Zunächst ist, sofern nicht bereits vorhanden, ein Benutzerkonto bei „Mein Elster“ anzulegen. Sodann ist eine einmalige Registrierung als Organisation mit einer der Stadt oder Gemeinde zugeordneten Steuernummer erforderlich, denn nur mit einem Organisationszertifikat sind die Oberflächen zum Datenaustausch mit der Finanzverwaltung erreichbar. Bestehende Benutzerkonten mit Organisationszertifikat können für den Datenaustausch nach neuem Recht weiter genutzt werden.
2. Für die Grundsteuermessbeträge nach neuem Recht steht bei ELSTER-Transfer das neue Verfahren GMBX zur Verfügung. Die Teilnahme an diesem Verfahren muss bei ELSTER beantragt werden. Hingewiesen sei darauf, dass die Berechtigung für das Verfahren GMBX für Kommunen, die bereits Daten zur Grundsteuer über ELSTER-Transfer austauschen (Verfahren GMB), zu gegebener Zeit automatisch erteilt wird.
3. Die Finanzverwaltung stellt beim Datenabholverfahren über ELSTER-Transfer nur Rohdaten zur Verfügung, die zwingend mit externer Software aufbereitet und weiterverarbeitet werden müssen. Vor der Nutzung des Datenaustausches über das Verfahren ELSTER-Transfer ist daher auf Seiten der Nutzer (gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Softwareanbieter) zu prüfen, ob das Fachverfahren die elektronisch bereitgestellten Daten verarbeiten kann.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die bundeseinheitliche Datensatzbeschreibung, um den Datenaustausch mit den Finanzämtern in Grundsteuerangelegenheiten gewährleisten zu können, mittlerweile mit entsprechenden Erläuterungen fertiggestellt wurde und für Kommunen sowie Entwickler online einsehbar ist.

Registrierung „Mein Elster“: [www.elster.de](https://www.elster.de/elsterweb/infoseite/verwaltung)

Bundeseinheitliche Datensatzbeschreibung: [www.esteuer.de](http://www.esteuer.de/)

(II/3 953-20 Florian Schilling, 19.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4221-08 Bundesnetzagentur senkt Eigenkapitalverzinsung für Strom- und Gasnetze

**Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat für Strom- und Gasnetzbetreiber einheitlich einen Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen von 5,07 Prozent vor Körperschaftsteuer ermittelt. Für Altanlagen wurde ein Zinssatz von 3,51 Prozent vor Körperschaftsteuer festgelegt. Dies geht aus einem Beschluss der BNetzA hervor, der am 20.10.2021 veröffentlicht worden ist. Der DStGB hatte sich in dem Diskussionsprozess für eine angemessene Finanzierung zur Modernisierung und Digitalisierung der Energienetze mit Blick auf die großen Herausforderungen beim Klimaschutz und der Versorgungssicherheit eingesetzt. Im Ergebnis konnte eine Erhöhung des Zinssatzes von 4,59 Prozent, die in dem Festlegungsentwurf zunächst vorgeschlagen wurde, auf 5,07 Prozent erreicht werden.** **Dennoch sinkt mit dieser Entscheidung der Zinssatz für Neuanlagen um 26,6 Prozent.**

Aktuell betragen die Zinssätze 6,91 Prozent vor Körperschaftsteuer für Neuanlagen und 5,12 Prozent vor Körperschaftsteuer für Altanlagen. Die neuen Zinssätze gelten ab der vierten Regulierungsperiode. Diese beginnt für die Gasnetzbetreiber im Jahr 2023, für die Stromnetzbetreiber im Jahr 2024.

Für den Zeitpunkt der Festlegung sei entscheidend gewesen, dass der Zinssatz Anfang 2022 in die Bestimmung der Erlösobergrenzen der Gasnetzbetreiber und den damit einhergehenden Effizienzvergleich einzubeziehen ist. Die gleichzeitige Festlegung für Strom- und Gasnetze erfolge, weil nicht allein infolge unterschiedlicher Zinssätze aufgrund einer ungleichzeitigen Festlegung ungewollte Lenkungseffekte des Eigenkapitals entstehen sollen und Investitionen bevorzugt im Gasnetz getätigt werden.

Der Zinssatz setzt sich wie folgt zusammen:

* Der Eigenkapitalzinssatz ergibt sich aus dem 10-Jahresdurchschnitt des risikolosen Zinssatzes zuzüglich eines angemessenen Wagniszuschlags.
* Der risikolose Basiszins beträgt 0,74 Prozent. Derzeit sind laut BNetzA am Kapitalmarkt keine Anzeichen erkennbar, dass dieser Zins während der nächsten Regulierungsperiode in einem Maße steigen könnte, das im festgelegten Eigenkapitalzinssatz nicht bereits berücksichtigt wäre. Gleichwohl habe die Bundesnetzagentur Vorkehrungen getroffen, den Eigenkapitalzinssatz bei einer unerwarteten Änderung des Zinsumfeldes während der nächsten Regulierungsperiode unmittelbar anpassen zu können.
* Die Bundesnetzagentur hat einen Wagniszuschlag von rund 3 Prozent ermittelt. Hierzu wurden Gutachten in Auftrag gegeben und im Juli veröffentlicht. Offen war noch eine mögliche Auswirkung aufgrund von Laufzeit- und Liquiditätseffekten im Wagniszuschlag im Vergleich zum risikolosen Zinssatz berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Konsultation, in der diese Auswirkungen näher analysiert wurden, war der Wagniszuschlag gegenüber dem im Juli veröffentlichten Wert um 0,395 Prozent angehoben worden. Ergänzt durch steuerliche Folgen führte dies zu einer Gesamterhöhung des zunächst konsultierten Wertes von 4,59 Prozent um 0,48 Prozent auf 5,07 Prozent.

Der vollständige Beschluss findet sich unter:

[www.bundesnetzagentur.de](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/BK04/BK4_74_EK_Zins/BK4_Beschl_EK_Zins.html)

**Anmerkung des DStGB**

Der DStGB hat sich in dem rund anderthalbjährigen Diskussionsprozess zusammen mit weiteren Partnern (VKU, BDEW, Verdi und DST) für die Erhöhung des EK-Zinses eingesetzt und Ende August eine Stellungnahme gegenüber der Bundesnetzagentur abgegeben. Im Ergebnis konnte eine Erhöhung des Zinssatzes von 4,59 Prozent, die in dem Festlegungsentwurf zunächst vorgeschlagen wurde, auf 5,07 Prozent erreicht werden. Hierbei waren der Beirat der Bundesnetzagentur und insbesondere sein Vorsitzender wichtige Partner. Dennoch sinkt mit der heutigen Entscheidung der Zinssatz für Neuanlagen um 26,6 Prozent und für Altanlagen um 31,5 Prozent. Von den energiewirtschaftlichen Verbänden VKU und BDEW wird die heutige Festlegung deshalb in einer ersten Reaktion als nicht ausreichend und nicht angemessen kritisiert.

Im Übrigen wird weiterhin nach dem EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde die Umsetzung der Änderungen zur Stellung der BNetzA im deutschen Rechtsrahmen zu diskutieren sein. Dabei muss es Ziel sein, regulatorische Entscheidungen, wie bei der Ermittlung des künftigen EK-Zinses, transparenter zu machen und die verfahrensmäßige Stellung des Beirats der Bundesnetzagentur zu verbessern.  Hierfür, aber auch für die Verbesserung der Investitionsbedingungen in die Netze werden wir uns weiterhin einsetzen.

(IV/1 IV/3 902-11, Timm Fuchs/Finn Brüning, 22.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4221-09 KMU-Definition: Bericht für die EU-Kommission sieht keine Notwendigkeit zur Überarbeitung

**Die Europäische Kommission hat die aktuelle europäische Legaldefinition für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) (gemäß der Empfehlung 2003/361/EG der EU-Kommission) im September 2021 evaluieren lassen. Die Autoren des Berichts kommen zu dem Ergebnis, dass die Definition keiner Überarbeitung bedarf. Sie sei nach wie vor relevant und erfülle Ihren Zweck. Die damit im Rahmen der KMU-Politik angestrebten Ziele würden wirksam erreicht. Schwierigkeiten treten bei der Bewertung von Unternehmen auf, die kompliziert und/oder durch ausländische Beteiligungen geprägt seien. Aus Sicht des DStGB sollten die Nachteile für kommunalen Unternehmen bei Förderprogrammen, die der Umsetzung von Klimazielen dienen, abgebaut werden.**

Bezüglich der Relevanz der KMU-Definition bestätigen laut Bericht die Interessenträger mehrheitlich, dass die maßgebliche Mitarbeiterzahl unverändert bleiben sollte. Die Evaluierung zeigt, dass die Schwellenwerte der Definition den wirtschaftlichen Entwicklungen entsprechen, da der durchschnittliche Umsatz bzw. die durchschnittliche Bilanzsumme der KMU immer noch deutlich darunter liegen. Die Interessenträger sprechen sich mehrheitlich für das derzeitige Kriterium der Eigentumsverhältnisse aus. Einige Unternehmen, insbesondere die, die sich im staatlichem Besitz befinden oder mit Kapitalbeteiligungen (z. B. durch Risikokapital) finanziert werden, stellen bestimmte Vorschriften infrage, die verhindern könnten, dass sie von niedrigeren Gebühren oder Entlastungen profitieren und/oder Zugang zu bestimmten Fördermaßnahmen erhalten.

Laut Bericht ist die KMU-Definition auch wirksam. Diese werde in der überwiegenden Zahl der Fälle laut den Interessenträgern zwar als verständlich wahrgenommen. Dennoch werde gefordert, dass die Eigentumsvorschriften präzisiert und weitere Orientierungshilfen zu Schlüsselkonzepten bereitgestellt werden müssten. Die Definition könnte effizienter angewandt werden, wenn die Digitalisierung von KMU, aber auch von öffentlichen Verwaltungen generell verstärkt, wenn daneben bestehende Unterstützungsmaßnahmen intensiver beworben, auf die Nutzer besser abgestimmte Orientierungshilfen bereitgestellt und Unternehmensdaten leichter zugänglich gemacht werden würden.

Durch die Definition konnte laut Bericht das Ziel erreicht werden, die Verbreitung unterschiedlicher KMU-Definitionen im europäischen Binnenmarkt erfolgreich einzudämmen. Weiter habe die Definition in hohem Maße dazu beigetragen, dass man sich darauf verständigte, was der Begriff „KMU“ bei den verschiedenen Interventionen bedeutet, und dass die diesbezüglichen Vorgehensweisen harmonisiert wurden.

**Hintergrund**

Die KMU-Definition der EU ist das strukturelle Instrument zur Ermittlung von Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe mit Markversagen und besonderen Herausforderungen konfrontiert sind und daher bei der Gewährung öffentlicher Unterstützung bevorzugt werden. Die Definition ist in der europäischen sowie nationalen Gesetzgebung verbreitet. Sie dient häufig als Tatbestand für Förder- und Finanzierungsmaßnahmen. Mittlere Unternehmen, die bspw. unter die KMU-Definition fallen, haben weniger als 250 Mitarbeiter und bis zu 50 Mio. Euro Jahresumsatz oder maximal eine Jahresbilanzsumme von 43 Mio. Euro. Für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen gelten andere Werte.

Der vollständige Bericht ist zu finden unter [https://ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13220-Evaluation-of-SME-Definition_de).

**Anmerkung des DStGB**

Die aktuelle KMU-Definition grenzt viele kommunale Unternehmen aus und führt dazu, dass viele Förderprogramme für diese nicht zugänglich sind. Ebenso ergeben sich Nachteile in den Bereichen Beihilfen und Steuern. Gerade mit Blick auf die angespannte Finanzsituation bei kommunalen Unternehmen und Kommunen infolge der Corona-Pandemie sollte hier ein Umdenken der EU-Kommission stattfinden. Insbesondere hinsichtlich der anstehenden Investitionen im Rahmen des Green Deals sollten auch öffentliche Unternehmen zusätzliche finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung klimaneutraler Investitionen nutzen können.

(IV/3 900-00, Finn Brüning, 22.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4221-10 BMU: Förderinitiative für Künstliche Intelligenz (KI) beim Klimaschutz

**Das Bundesumweltministerium hat die zweite Runde der Förderinitiative „KI-Leuchttürme für Umwelt, Klima, Natur und Ressourcen" gestartet. Gesucht werden Projekte, die mit Hilfe Künstlicher Intelligenz (KI) den Klimaschutz und die Energiewende vorantreiben und die Risiken der Technologie eingrenzen. Die Projekte der KI-Förderinitiative sollen für eine klimagerechte Digitalisierung beispielgebend sein. Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Vereinen, Verbänden oder Kommunen sind erwünscht, um den Transfer zwischen Forschung und Praxis zu erleichtern.**

Der neue Förderaufruf der Initiative „KI-Leuchttürme“ baut auf zwei Förderschwerpunkten auf: Unter dem Schwerpunkt „KI-Innovationen für den Klimaschutz“ werden Projekte gesucht, die KI-Anwendungen entwickeln, mit denen der Ausstoß von Treibhausgasemissionen gesenkt oder vermieden werden kann. Mit dem zweiten Förderschwerpunkt „Ressourceneffiziente KI“ werden Projekte gefördert, die speziell KI-Systeme und ihre Infrastruktur energie- und ressourcenschonender gestalten.

Die Förderinitiative „KI-Leuchttürme für Umwelt, Klima, Natur und Ressourcen" ist ein Beitrag zur Umsetzung der KI-Strategie der Bundesregierung. Sie verfolgt die Ziele, Künstliche Intelligenz gezielt für den Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen und damit Deutschland und Europa zu einem führenden KI-Standort zu machen.

Im Rahmen der ersten Förderrunde wurden insgesamt rund 300 Ideen eingereicht und 28 Projekte mit einer Gesamtfördersumme in Höhe von rund 28 Mio. Euro bewilligt. Zuständige Projektträgerin für die Förderinitiative KI-Leuchttürme ist die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH.

Für die KI-Leuchttürme stehen bis zum Jahr 2025 Fördermittel in Höhe von voraussichtlich 66 Mio. Euro bereit. Projektskizzen können bis zum 30. November 2021 eingereicht werden.

Weitere Informationen finden sich unter [www.bmu.de](https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-potenzial-von-kuenstlicher-intelligenz-fuer-den-klimaschutz-fruehzeitig-erkennen-und-nutzen).

(III/2 843-00 Bernd Düsterdiek, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4221-11 Bundesregierung stärkt Moorbodenschutz

**Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze, haben gemeinsam mit Amtskolleginnen und -kollegen aus den Ländern die Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz unterschrieben.**

Bis zum Jahr 2030 sollen damit die jährlichen Treibhausgasemissionen aus Moorböden um 5 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente reduziert werden. Zuletzt stammten etwa 53 Mio. Tonnen CO2-Emissionen aus entwässerten Moorböden, das entspricht 6,7 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen. Moorböden machen in Deutschland etwa acht Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus.

Mit Moorschutz schafft man vielfachen Nutzen. Moorschutz ist gut für das Klima, weil der Kohlenstoff im Boden bleibt. Er fördert Deutschlands biologische Vielfalt, weil viele Arten nur im Moor vorkommen, etwa Birkhuhn, Moorfrosch oder Sonnentau. Und Moorschutz hilft bei der Anpassung an den Klimawandel, denn Moore können die Folgen von Starkregen, Hochwasser, Dürre oder Hitze abmildern. Dafür werden auf Bundesebene die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen: indem insbesondere die erforderliche Finanzierung bereitgestellt wird und die Forschung vorangetrieben wird.

Die Bund-Länder-Zielvereinbarung ist das Ergebnis eines intensiven Beratungs- und Abstimmungsprozesses, an dem alle relevanten Akteure von Bund, Ländern und Interessensvertretungen beteiligt waren. Sie beruht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit und unterstützt kooperative und gebietsbezogen angepasste Lösungen.

Weitere Informationen finden sich unter [www.bmel.de](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/Klimaschutz/moorbodenschutz-blzv.html).

(III/2 843-00 Bernd Düsterdiek, 21.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4221-12 dena: 1. Kommunalforum Klimaschutz

**Am 27. Oktober 2021 veranstaltet die Deutsche Energie-Agentur (dena) ihr 1. Kommunalforum Klimaschutz. Das neue Format, das in diesem Jahr digital stattfinden wird, richtet sich an Energiemanagement- und Klimaschutzverantwortliche in Städten und Gemeinden.**

Die dena lädt zum „1. Kommunalforum Klimaschutz“ am 27. Oktober 2021 ein. Das Format richtet sich an Energiemanagement- und Klimaschutzverantwortliche in Deutschlands Kommunen. Denn: Auf dieser neuen digitalen Plattform soll ein Austausch zu aktuellen Themen möglich sein sowie Impulse, Anregungen und Hilfestellungen für die entsprechenden Arbeitsfelder gegeben werden.

Das vollständige Programm mit den einleitenden Impulsen, den Breakout-Sessions, einzelnen Pitches und der Abschlussdiskussionsrunde finden sich unter [www.kompetenzzentrum-contracting.de](https://www.kompetenzzentrum-contracting.de/fileadmin/Contracting/Dokumente/Veranstaltungen/27102021_Programm_1_Kommunalforum_Klimaschutz.pdf).

(III/2 843-00 Bernd Düsterdiek 18.10.2021 )

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4221-13 Schrottimmobilien:  
BGH verpflichtet Eigentümer zu Sanierung

**Eine Wohnungseigentümergemeinschaft muss ihr baufälliges Parkhaus wieder instand setzen, auch wenn die Sanierungskosten den Verkehrswert übersteigen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat den Mehrheitsbeschluss einer WEG aufgehoben, der ein dauerhaftes Nutzungsverbot vorsah. Ein Sanierungsstau sei nicht mit einer Zerstörung des Gebäudes gleichzusetzen, bei der die Pflicht zum Wiederaufbau ausgesetzt sein könnte, so der BGH (Urteil vom 15.10.2021 – V ZR 225/20).**

Im zugrunde liegenden Fall besaß eine Frau neben ihrer Wohnung auch das Sondereigentum an drei Etagen eines Parkhauses. Dieses Gebäude war im Lauf der Jahre vernachlässigt worden, nun stark sanierungsbedürftig und seit Jahren außer Betrieb – mit Ausnahme ihrer drei Etagen, die sie an ein nebenan gelegenes Hotel vermietete. Nachdem das Bauordnungsamt Nachweise für die Einhaltung der brandschutztechnischen Mindestanforderungen angefordert hatte, beschloss die Eigentümerversammlung mit Mehrheit ein vollständiges Nutzungsverbot des gesamten Parkhauses. Eine Sanierung der Immobilie war nicht beabsichtigt. Die Eigentümerversammlung gestattete aber der überstimmten Klägerin, auf eigene Kosten einen Sachverständigen zu beauftragen und etwaige Ertüchtigungsmaßnahmen selbst zu tragen. Diese wehrte sich gegen den Beschluss zunächst vor dem Amtsgericht Augsburg, dann vor dem Landgericht München I und schließlich vor dem BGH – mit Erfolg.

**Parkhaus muss wieder aufgebaut werden**

Nach der Entscheidung des BGH ist § 22 Abs. 4 WEG a.F. (jetzt § 22 WEG), wonach ein überwiegend zerstörtes Gebäude von der Pflicht des Wiederaufbaus ausgenommen ist, im vorliegenden Fall nicht anwendbar. Zerstört wäre das Parkhaus nur dann, wenn durch ein punktuelles Ereignis – wie etwa eine Explosion – die Nutzung zumindest teilweise aufgehoben sei. Ein bloßer Sanierungsstau, der dazu führe, dass die Wiederherstellungskosten den Verkehrswert übersteigen, falle nicht darunter. Der Fünfte Zivilsenat hob das Urteil aus München deshalb auf.

**Anmerkung des DStGB**

Die Entscheidung des BGH ist mit Blick auf sog. Problemimmobilien, die gerade in Innenstädten und Ortskernen häufig zu Schwierigkeiten und einer negativen Stadtentwicklung führen, zu begrüßen. Mangelnde Instandhaltung oder Überalterung entbinden Eigentümer ebenso wenig von ihren Sanierungspflichten wie hohe Kosten. Im Grundsatz können Wohnungseigentümer zwar ein Nutzungsverbot einer Immobilie beschließen, das sich auf das gemeinschaftliche Eigentum bezieht, wenn damit Gefahren abgewehrt werden. Hierfür gibt es indes enge Grenzen und das Erfordernis zwingender Gründe. Ein Gebäude gilt regelmäßig nur dann als „zerstört“, wenn seine Nutzbarkeit ganz oder teilweise aufgehoben ist, nicht hingegen deshalb, weil eine Sanierung hohe Kosten verursacht.

(III/2 620-50 Bernd Düsterdiek, 18.10.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-14 Interview: Beendigung der epidemischen Lage ist ein Signal in die Bevölkerung

**Interview mit DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg im rbb INFOradio am 29.01.2021. Das Gespräch führte Heiner Martin.**

**rbb INFOradio**: Ausnahmezustand noch einmal verlängern: Ja oder nein?

**Dr. Gerd Landsberg**: Ich meine, wir sollten diesen Ausnahmezustand jetzt beenden. Seit März, das sind fast zwei Jahre bald. Und es ist ja eine Sonderermächtigung, dass nämlich die Bundesregierung ohne Parlament gravierende Maßnahmen ergreifen kann. Ich denke, das ist jetzt nicht mehr nötig. Wir sind nicht durch mit der Pandemie, wir brauchen weiter Schutzmaßnahmen, aber dass diese epidemische Lage von nationaler Tragweite fortgesetzt wird, sehe ich nicht.

**rbb**: Herr Landsberg, warum ist denen das so wichtig?

**Dr. Landsberg**: Ich glaube, das ist wichtig, weil es ein Signal an die Gesellschaft, an die Menschen und die Wirtschaft sendet: Wir sind auf dem Weg zurück – ich nenne das mal – in den Normalbetrieb. Und das ist wichtig. Die Leute wollen nicht immer wieder hören, es ist immer nur Corona. Ich glaube, das ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein ganz wichtiger Punkt.

**rbb**: Sie sprechen ja für den Deutschen Städte- und Gemeindebund. Ist Ihre Position dort mehrheitsfähig?

**Dr. Landsberg**: Meine Position ist dort mehrheitsfähig. Wir setzen darauf, dass es eine einvernehmliche Regelung der Länder gibt, in Abstimmung mit den Kommunen unter Berücksichtigung des regionalen Infektionsgeschehens.

**rbb**: Das ist ein gutes Stichwort. Die aktuelle Tagesinzidenz, also die Zahl der Neuerkrankungen auf 100.000 Einwohner liegt laut Robert-Koch-Institut aktuell bei 95 – Tendenz steigend. Und wenngleich wir gelernt haben, diese Zahl alleine ist ja nicht mehr sonderlich aussagekräftig, vor Herbst und Winter jetzt die Notlage komplett aufzuheben – ist das so eine gute Idee?

**Dr. Landsberg**: Ich glaube, das ist eine richtige Idee. Wir haben eine relativ hohe Impfquote, über 70 Prozent der Menschen sind voll geimpft, in einigen Bundesländern wie zum Beispiel Bremen sind es fast 80 Prozent, und die besonders gefährdeten Personen, also die Hochbetagten über 85 Jahre, da haben wir eine Quote von teilweise über 90 Prozent. Das kann man und sollte man riskieren.

**rbb**: Wir haben ja hier im Inforadio diese Woche mit Berlins regierendem Bürgermeister Michael Müller gesprochen. Er hat sich für eine Art Übergangszeit ausgesprochen, also nach Lage entscheiden, und nicht einfach Ende November den Ausnahmezustand auslaufen lassen. Können Sie da mitgehen?

**Dr. Landsberg**: Da könnte ich mitgehen, aber ich würde ihm noch Folgendes antworten: Schon nach der jetzigen Gesetzeslage könnte jedes Bundesland mit Zustimmung seines Parlaments alle Maßnahmen beschließen. Nur ich habe das Gefühl, da zögern die Länder etwas, weil das natürlich Aufwand ist.

**rbb**: Im Grunde genommen sind Sie ja dann nicht so weit entfernt von der Position Müller und auch dem, was man so aus Königswinter hört, nicht weit entfernt. Also auf Sicht fahren?

**Dr. Landsberg**: Ich glaube, dass es richtig ist, auf Sicht zu fahren und eine Rechtsgrundlage zu schaffen, dass alle Länder gemeinsam einen Weg unter bestimmten Kriterien weiter gehen können. Und wenn es sich dramatisch entwickelt, es hindert ja niemand den Deutschen Bundestag, der am 26. Oktober wieder zusammentritt, im November oder im Dezember zu sagen: Jetzt ist die Lage wieder dramatisch, wir beschließen das. Das ist die vornehmste Aufgabe eines Parlaments.

**rbb**: Grund dafür, eine solche epidemische Lage gesetzlich festzuschreiben, war es ja, bundeseinheitliche Regelungen möglich zu machen. Wenn die wegfällt, besteht dann nicht wieder die Gefahr eines Flickenteppichs? Also jedes Bundesland macht dann eben das, was man für richtig hält, die eigenen Regeln.

**Dr. Landsberg**: Das müssen wir vermeiden, aber die Länder haben schon gelernt. Das merkt man jetzt auch, was man hört aus den Diskussionen, von der Ministerpräsidentenkonferenz. Die wollen schon eine einheitliche Linie, aber es wird halt auch unterschiedlich sein. Wenn in einem Bundesland die Inzidenz nach oben geht und das Gesundheitssystem das nicht mehr leisten kann, dann wird man da anders entscheiden müssen, als in einem Bundesland, wo sozusagen Normalbetrieb herrscht.

**rbb**: Sie sagen, die Länder haben gelernt, aber gelernt haben wir auch, dass dann im Grunde doch wieder „hü“ und „hott“ alles quer und durcheinander geht.

**Dr. Landsberg**: Da muss man auch ehrlich sein. Wenn man sich das mal anschaut: Wo sind die Ländern stark voneinander abgewichen? In 90 Prozent der Fälle haben sie schon im Prinzip das gleiche getan, aber da wo sie abweichen, hat natürlich ein großes Medienecho das dann auch entsprechend dargestellt. Das ist auch in Ordnung, aber da hoffe ich auf die Einsicht. Und die Wahlkampfzeiten sind vorbei; das hat ja auch ein bisschen damit zu tun, dass sich jeder profilieren wollte. Das ist ja vorbei. Insofern wird da sicherlich jetzt auch deutlich eine Sachlichkeit erreicht.

Das Interview kann über [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/mediathek/) (Rubrik: Publikationen / Mediathek) nachgehört werden.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-15 Statement: Mehr Anreize für erneuerbare Energien

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Neue Osnabrücker Zeitung vom 15.10.2021**

Die Energiewende in Deutschland darf nicht scheitern. Das wäre verheerend, nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Wirtschaft und den Standort Deutschland. Die Preise für fossile Energien (Erdgas und Erdöl) steigen derzeit beinahe ungebremst. Die daraus resultierenden höheren Kosten belasten die öffentlichen und die privaten Haushalte. Deswegen brauchen wir dringend einen deutlichen Schub bei Ausbau der alternativen Energien. Momentan sind wir zu langsam, zu wenig effektiv und zu wenig digital. Derzeit dauert es im Mittel rund sieben Jahre, bis die Antrags- und Genehmigungsverfahren für einen neuen Windpark abgeschlossen sind. Hier brauchen wir schlankere und effizientere Verfahren, eine wirkliche Beschleunigung. Durchgehend digitale Verfahren können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie eine deutliche Entbürokratisierung des Prozesses.

Vorhaben, die erkennbar dem Klimaschutz und der Sicherung einer regenerativen Energieversorgung dienen, müssen in den Planungen Vorrang etwa gegenüber naturschutzrechtlichen Einwänden bekommen. So könnte etwa beim Bau eines neuen Radweges auf die verpflichtende Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen verzichtet werden. Wir müssen uns in Deutschland auch darüber Gedanken machen, dass sich bei persönlicher Betroffenheit schnell Widerstände bilden, die die Gesamtverfahren deutlich verzögern. Die Bereitschaft der Menschen, mitzugehen, ist insgesamt leider nicht so groß, wie viele glauben. Abstrakt sind natürlich alle für mehr Klimaschutz, mehr Klimaanpassung und ökologische Projekte. Aber leider gilt leider immer noch viel zu oft der Grundsatz „Not in my backyard“ nach dem Motto „Ich bin für Klimaschutz, möchte aber die Windenergie nicht in Sichtweite haben und den Schienenverkehr nicht hören“, Hier brauchen wir wirksame Anreize, die den Ausbau erneuerbarer Energien für die Menschen vor Ort auch attraktiv machen. Dies kann durch eine stärkere finanzielle Beteiligung an den Erträgen für die Kommunen geschehen, die dann unmittelbar Projekten vor Ort zugutekommt.

Auch beim Ausbruch der Photovoltaik müssen wir vorankommen. Hier bieten sich vor allem die Dachflächen der kommunalen Gebäude und Liegenschaften an. Ein Ziel für eine neue Bundesregierung sollte daher ein 100.000 öffentliche Solardächer-Programm sein, mit dem der Ausbau auf kommunalen Dachflächen gefördert wird. So können wir schnell große Fortschritte erzielen. Wer den Aufbruch will, wie es die Verhandler einer Ampelkoalition betonen, muss jetzt schnell und entschlossen handeln.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-16 Statement: Zukunftsinvestitionen ermöglichen und hohen kommunalen Investitionsbedarf berücksichtigen

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Rheinische Post vom 15.10.2021**

Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen, deshalb ist es gut und richtig, dass wir möglichst noch vor Weihnachten eine handlungsfähige neue Regierung haben werden. Wir hoffen, dass sich auch der Koalitionsvertrag am Ende nicht im „klein-klein“ bewegt, sondern zentrale Ziele und Schwerpunkte formuliert. Dazu gehört allerdings nicht nur die Beschreibung von Perspektiven, sondern die konkrete Umsetzung und dauerhafte Finanzierung. Für die Kommunen ist dabei positiv zu bewerten, dass es das Ziel der Parteien ist, Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und dabei auch den hohen kommunalen Investitionsbedarf zu berücksichtigen. Gut ist, dass dabei auch die kommunale Altschuldenproblematik eine Rolle spielen soll.

Mit Blick auf eine neue Regierung gilt es zu bedenken, dass heute niemand wissen kann, welche nationalen und internationalen Herausforderungen auf Deutschland zukommen. So war beispielsweise bei der letzten Koalitionsvereinbarung natürlich nicht vorhersehbar, dass mit Corona eine weltweite Pandemie auch unser Land hart trifft, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien anhalten und weitere Flüchtlingsbewegungen auslösen und last not least Großbritannien aus der EU ausscheiden und sich dementsprechend Europa neu aufstellen muss.

Entscheidend wird sein, dass das jetzt demonstrierte gegenseitige Verständnis und Vertrauen der Koalitionspartner auch in der konkreten Regierungsarbeit Bestand haben wird. Der Erfolg der zukünftigen Politik wird maßgeblich davon abhängen, ob das Leben der Menschen in den Städten und Gemeinden tatsächlich besser wird und die kommunale Daseinsvorsorge den Erwartungen der Menschen gerecht werden kann.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-17 Statement: Neue Innenstadtkonzepte durch Innenstadtfonds und Paketversandsteuer stützen

**Statement für die Leipziger Volkszeitung von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg**

Damit Städte und Gemeinden die aktuellen Herausforderungen der Post-Corona-Stadt bewältigen können, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Ein vom Bund aufgelegter und finanzierter „Innenstadtfonds“ mit einem Volumen von mehreren Mrd. Euro, der auch aus Einnahmen einer Produktversandsteuer gespeist werden könnte, kann wichtige Impulse setzen. Kommunen müssen insbesondere bei Schlüsselimmobilien einen verbesserten Zugriff bekommen und temporär in den Grunderwerb oder in eine Miete gehen können. Nur dann werden sich neue Nutzungskonzepte und kreative Ideen auch tatsächlich umsetzen lassen. Ein Innenstadtfonds sollte darüber hinaus auch zur Erarbeitung und Aktualisierung von Innenstadtkonzepten sowie zur Analyse der Leerstandssituationen genutzt werden können.

Große Online-Versandhäuser erwirtschaften enorme Umsätze und Gewinne, tragen aber bisher nur sehr gering durch die Zahlung von Steuern und Abgaben zur unverzichtbaren Finanzierung des Gemeinwesens und nicht zuletzt auch der von ihnen genutzten Infrastruktur bei. Den ohnehin, wegen Corona und eines veränderten Kundenverhaltens, angeschlagenen Klein- und Mittelstand und vor allem den stationären Einzelhandel und dessen Geschäft soll eine Paketversandsteuer nicht zusätzlich belasten. Ansatzpunkte zur Abgrenzung für eine Steuerpflicht könnten die Umsatzzahlen des Unternehmens oder auch die Anzahl der (online-)Versandvorgänge sein. Mit einer Besteuerung von Versandvorgängen würde auch eine ökologische Komponente adressiert, da die Versandmaterialien, Versandvorgänge und Transportfahrten hohe Emissionen und ökologische Folgen verursachen. Einzelfragen sowie Aufgriffs- und Schwellenwerte für eine Besteuerung von Versandhandel müssten nach einem Gesetzgebungs-Vorschlag aus dem Finanzministerium offen diskutiert und entschieden werden.

Es muss darum gehen, die großen Online-Versandhäuser steuerlich zu erreichen und aus deren enormer Wertschöpfung einen Finanzierungsanteil für die Gemeinkosten zu erzielen. Regionale und örtliche, digitalisierte Handelsplattformen und Bringdienste verursachen zudem weit weniger Transportaufwand und damit auch weniger Emissionen, als der groß angelegte, überörtliche online-Versandhandel inklusive der Retouren. Auch die vielen Retouren muss man bei einer Regelung über die Besteuerung des online-Versandhandels in den Blick nehmen.

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-18 Statement: Neue Regierung muss die Kommunen und ihre Finanzen im Blick haben

**Im Gespräch mit Gernot Heller vom Korrespondentenbüro Herholz, führt Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), unter anderem für die Passauer Neue Presse aus:**

„Wir stehen vor einer drohenden kommunalen Haushaltskrise. 2020 gab es zwar den Rettungsschirm von Bund und Ländern für die Gewerbesteuer, die wegen Corona massiv eingebrochen war. Doch für 2021 hat man sich auf Ähnliches leider nicht verständigen können. Das hat die Folge, dass wir dieses Jahr ein Defizit von mindestens sieben Milliarden Euro haben werden und im nächsten Jahr in ähnlicher Höhe. Das wirkt sich auf die Investitionen aus, die wir teilweise zurückstellen müssen, auch, weil gleichzeitig die Sozialausgaben absehbar weiter steigen werden. Zwar ist die Arbeitslosigkeit gesunken, aber immer noch höher als vor der Corona-Krise. Das wird eine zentrale Herausforderung, wenn die Kommunen im November ihre Haushalte aufstellen müssen.

Eine neue Regierung müsste die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig stärken. Das heißt, nicht mit einmaligen Zahlungen, sondern mit einem System, dass diese mehrheitlich in die Lage versetzt, ihre Ausgaben mit den Einnahmen zu decken. Das ist die Voraussetzung dafür, dass vor Ort das Leben besser wird.

Ob eine Regierung erfolgreich ist, entscheidet sich nicht so sehr in den großen Städten, den Metropolen, sondern es entscheidet sich überall im ganzen Lande, und zwar vor Ort in den Städten und Gemeinden. Die neue Koalition muss den Kommunen viel Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Wer glaubt, eine erfolgreiche Politik mit den Kommunen am Katzentisch machen zu können, der wir scheitern. Das gilt deshalb, weil unser Land eben noch in etlichen Teilen gespalten ist. Es ist doch kein Zufall, dass die AfD in Thüringen und Sachsen jüngst die meisten Stimmen bekommen hat. Wir müssen viel mehr tun für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ich hoffe nicht, dass wir mit einer neuen Regierung eine zu starke Fokussierung auf die Metropolen bekommen, etwa die Verkehrswende in den großen Städten. Denn die Leute auf dem Land haben ganz andere Sorgen, etwa den Mangel an Ärzten, die schlechte Busanbindung.“

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4221-19 Nutzung digitaler Verwaltungsangebote stagniert,  
Zufriedenheit sinkt deutlich

**Trotz der Corona-Pandemie stagniert die Nutzung digitaler Verwaltungsangebote in Deutschland. Gleichzeitig ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den angebotenen Leistungen sehr deutlich zurückgegangen. Dies sind die zentralen Ergebnisse des „eGovernment MONITOR 2021, der in dieser Woche vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt der neuen Studie der Initiative D21, deren Zahlen und Fakten im Juni 2021 erhoben wurden, stehen wiederum die staatlichen Digitalangebote. Die Studie liefert jährlich ein umfassendes Lagebild über die Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsleistungen in Deutschland und im Vergleich zu Österreich und der Schweiz.**

Die in dieser Woche vorgestellte Studie „eGovernment MONITOR 2021“ zeigt auf, dass die digitale Verwaltung bislang nicht in der Breite der Bevölkerung ankommt. Während viele Bürgerinnen und Bürger privat und beruflich einen regelrechten Digitalisierungsschub erlebten, blieb dieser in der Interaktion mit der Verwaltung größtenteils aus. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie eGovernment MONITOR 2021 der Initiative D21 und der Technischen Universität München unter Schirmherrschaft des Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Erstmals wurde exklusiv ein Vergleich der Bundesländer durchgeführt.

**Zentrale Erkenntnisse auf einen Blick**

* Die Digitalisierung des Staates geht nur schleppend voran und bleibt weit hinter den Entwicklungen in der Wirtschaft und im Privatleben der Bürgerinnen und Bürgern zurück. Die Nutzung des E-Government-Angebots nimmt im Vergleich zum Vorjahr leicht ab und liegt aktuell bei 52 Prozent, die Zufriedenheit sinkt um 15 Prozentpunkte auf ein Rekordtief. Die Hürden für eine (intensivere) Nutzung sind dabei vielfältig und unterscheiden sich zwischen den Bevölkerungsgruppen.
* Im erstmals vorgenommenen Bundesländervergleich zeigt sich, dass sich die Bewertung digitaler Verwaltungsleistungen deutlich zwischen den Bundesländern unterscheidet, am zufriedensten ist man in Hamburg (59 Prozent sind zufrieden). Bei Bekanntheit und Nutzung liegen die Stadtstaaten vorn, aber auch in Thüringen und Brandenburg wurden digitale Verwaltungsleistungen im letzten Jahr mit 56 Prozent überdurchschnittlich oft genutzt.
* Große Infrastrukturprojekte der Verwaltung wie die Behördennummer 115 aber auch der Online-Ausweis erreichen die Bürgerinnen und Bürger nicht. So hat keine der zahlreichen Iterationen dazu geführt, dass sich die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises durchsetzt (Nutzung der Funktion liegt bei neun Prozent). Der Speicherung der Ausweisdaten auf dem Smartphone stehen die Bürgerinnen und Bürgern jedoch sehr offen gegenüber. Vor allem Jüngere (62 Prozent) und E-Government-Erfahrene (60 Prozent) bekunden ihr Interesse an dieser Funktion.
* Digitale Daseinsfürsorge: Die elektronische Patientenakte startet in Deutschland 2021 mit einem hohen Bekanntheitsniveau (65 Prozent) und trifft auf aufgeschlossene Bürgerinnen und Bürgern, auch wenn die Nutzung derzeit noch gering ausfällt (fünf Prozent). Beim digitalen Schulunterricht hingegen bleiben die grundlegenden Probleme weiter bestehen: 85 Prozent der Betroffenen erlebten Hürden, die Mehrheit beklagt Internetprobleme und über ein Drittel vermissen digitale Kompetenzen bei den Lehrkräften.

**Anmerkung des DStGB**

Die Ergebnisse in diesem Jahr sprechen eine deutliche Sprache und bestätigen den Eindruck der letzten Jahre. Es ist auf allen föderalen Ebenen noch nicht wirklich gelungen, Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen, sicheren und auch mobilen Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen zu ermöglichen.E-Government-Leistungen sind noch längst nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich. Das hat Konsequenzen für die Bevölkerung, die aus ihrem Alltagsleben mittlerweile längst eine andere Qualität digitaler Dienstleistungen gewohnt sind. Vor diesem Hintergrund ist auch der deutliche Rückgang der Zufriedenheit mit den digitalen Verwaltungsangeboten erklärbar. Wenn es nicht schnell gelingt, diesen Zustand zu ändern und in der Verwaltungsdigitalisierung deutliche Fortschritte zu machen, wird der Staat wird zur Bremse für Lebens- und Standortqualität in Deutschland. Eine der großen Aufgabe der neuen Legislaturperiode wird es sein, Verwaltung aus Perspektive der Bürgerinnen und Bürgern zu denken und durchgehend digital zu gestalten.

Ob die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) einen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten kann ist zumindest mehr als fraglich. Auch wenn es gute Ansätze, wie etwa die stärkere Orientierung am Nutzen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen oder die arbeitsteilige Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben, beinhaltet, verlieren sich die derzeitigen Bemühungen trotz des hohen Zeitdrucks immerhin noch in zu vielen Details. Notwendig ist es, bei der OZG-Umsetzung umzusteuern, durchgehend digitale Prozesse und standardisierte Basiskomponenten zu etablieren und sich auf die am meisten nachgefragten Verwaltungsleistungen zu konzentrieren. Auch hier wartet viel Arbeit auf die neue Bundesregierung.

Die Publikation wurde im Oktober 2021 veröffentlicht. Alle Studien der Initiative D21 e.V. stehen unter <https://initiatived21.de> zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Weitere Informationen finden sich auch unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de).

(G/2, Alexander Handschuh/Claudia Bienek, 21.10.2021)

**[Inhaltsverzeichnis](#_top)**

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4241-20 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter

**Aus dem Internet berichtet Franz-Reinhard Habbel jede Woche über Ideen, innovative Lösungen und Zukunftsthemen für Kommunen. In der aktuellen Ausgabe geht es unter anderem um:**

**BDI: Vorschläge für mehr Tempo bei Digitalisierung der Verwaltung**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert von der künftigen Bundesregierung Tempo bei der Digitalisierung der Verwaltung.

**Studie: Deutschlands Zukunft zwischen No-Future-Modus und Gestaltungskraft im kleinen Kreis**

Zwei Drittel der Deutschen blicken ängstlich auf die gesellschaftliche Zukunft. Mangelndes Vertrauen in Staat und Institutionen sowie die Angst vor gesellschaftlicher Spaltung forcieren den Rückzug in private Nischen. Es wächst aber auch die Bereitschaft, allein oder mit Gleichgesinnten für eine lebenswerte Zukunft tätig zu werden. Das sind zentrale Erkenntnisse einer repräsentativen und tiefenpsychologischen Untersuchung des Kölner rheingold instituts in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Stiftung für Philosophie Identity Foundation in Düsseldorf.

**Glühende Landschaften**

Ein neuer Konflikt in der Energiewende bahnt sich an: Statt nachhaltiger Solarförderung und dezentraler Modelle entstehen Mega-Parks für Solarzellen auf Ackerflächen – vor allem im Osten. Kommunen sind überfordert, die Bundespolitik ignoriert einen schwelenden Streit um Boden, in der Bevölkerung wächst Wut. CORRECTIV hat erstmals strukturiert Daten zu geplanten Solarparks erfasst.

**Die Straße der Zukunft ist digital**

Ein Team der Technischen Universität München (TUM) hat in den Projekten Providentia und Providentia++ vielbefahrene Straßen mit modernster Sensortechnik ausgestattet. Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz (KI) werden die Daten zu einem digitalen Zwilling verarbeitet, der ein Abbild der realen Verkehrssituation darstellt.

Der vollständige aktuelle Newsletter und Anmeldemöglichkeit unter [www.habbel.de](http://www.habbel.de)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **TERMINANKÜNDIGUNGEN**

4221-21 TERMINVORSCHAU 2021

|  |  |
| --- | --- |
| **Oktober** |  |
|  |  |
| **25.-26.10.** | **DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, Neuburg a. d. Donau** |
|  |  |
| 27.10. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **►28.10.** | **DStGB-KAS-Konferenz "Gesellschaften im Wandel (…)", Online** |
|  |  |
| **November** |  |
|  |  |
| 04.11. | Vorstand des Städtebundes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 08.11. | Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz |
|  |  |
| 08.11. | 63. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **15./16.11.** | **DStGB-Präsidiumssitzung, Bonn** |
|  |  |
| 17.11. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 17.11. | Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| **18.11.** | **Forum deutscher Wirtschaftsförderungen „Die Schubkraft von Krisen nutzen! Wirtschaftsförderung als Impulsgeber und Gestalter“ (DStGB, DST, DLT, DVWE & difu), Online** |
|  |  |
| 25.11. | Präsidium- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Sitzungsort offen |
|  |  |
| 25.11. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes NRW, Soest |
|  |  |
| 29.11. | 197. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **29.-30.11.** | **DStGB-Erfahrungsaustausch "Finanzpolitik", Berlin** |
|  |  |
| **Dezember** |  |
|  |  |
| 01.12. | Ausschuss für Städtebau und Umwelt des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | (Geschäftsführender) Vorstand des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | Gemeinsame Vorstandssitzung des Städtebundes und des Städtetags Schleswig-Holstein (=Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein) |
|  |  |
| 09.12. | Präsidiumssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Fernwald |
|  |  |
| **2022** |  |
|  |  |
| **Januar** |  |
|  |  |
| 31.01. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Februar** |  |
|  |  |
| 22./23.02. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **März** |  |
|  |  |
| **24./25.03.** | **Ordentliche Delegiertenversammlung des RGRE-DS, Sitzungsort offen** |
|  |  |
| 28.-29.03. | Klausurtagung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| 29.03. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (i. R. d. Klausurtagung) |
|  |  |
| **April** |  |
|  |  |
| 13.04. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 27.04. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **Mai** |  |
|  |  |
| 14.05. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 18.05. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 30.05. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Juni** |  |
|  |  |
| 13.06. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf |
|  |  |
| 14.06. | Gemeindekongress 2022 / 23. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Stadthalle (CCD-Süd), Düsseldorf |
|  | Hauptausschusssitzung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Stadthalle, Düsseldorf |
|  |  |
| **27./28.06.** | **Deutscher Kommunalkongress des DStGB, Berlin** |
|  |  |
| **Juli** |  |
|  |  |
| 11.07. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| 13.07. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **September** |  |
|  |  |
| 14.09. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 21./22.09. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 26.09. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Oktober** |  |
|  |  |
| 17.10. | Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| 19.10. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **November** |  |
|  |  |
| 16.11. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 28.11. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt |

► Neuer Termin seit der letzten Veröffentlichung

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)